

# Welt Trends

Das außenpolitische Journal

## Feministische Außenpolitik

Geschlechtergerechtigkeit  
Deutschland im Sicherheitsrat  
Gender in der Außenpolitik  
Reproduktive Rechte

### WeltBlick

Ende des INF-Vertrags  
Nicaragua: Autoritäre Wende

### Analyse

Neukaledonien stimmt ab

### Kommentar

Welthungerhilfe zu Davos

ISSN 0944-8101 | 4,80 €  
ISBN 978-3-947802-03-6



4

## WeltBlick

- 4 Aus für den INF-Vertrag  
*Hans-Jürgen Misselwitz*
- 6 Endspiel in Nicaragua  
*Günther Maihold*
- 11 Konflikt im Jemen vergessen?  
*Majid Rafizadeh mit einer Antwort von Renate Schmidt*



17

## Brief aus ...

*Warschau*

18

## Afrika – ein Kontinent der Chancen

*Ein Gastkommentar von Robert Dussey*



22

## Thema: Feministische Außenpolitik

- 24 Imperativ für eine gerechte und sichere Welt  
*Nina Bernarding und Kristina Lunz*
- 30 Deutscher Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit?  
*Nicola Popovic*
- 35 Plädoyer für eine feministische Klimapolitik  
*Claudia Roth*
- 41 Das Patriarchat und die nukleare Abschreckung  
*Nina Bernarding und Birte Vogel*
- 47 Reproduktive Rechte in Kolumbien  
*Catalina Ruiz-Navarro*



**Alexandra Kollontai, 1. Botschafterin der Welt**

**54**

*Wladislaw Hedeler*

**Neukaledonien nach dem Referendum**

**58**

*Eine Analyse von Matthias Kowasch*

**Impressum**

**65**



**Bücherschau**

**66**

*Von Russen, Deutschen und Hegemonie*

**Die Welt bleibt ungleich**

**70**

*Ein Kommentar zum Weltwirtschaftsforum von Marlehn Thieme*

**Wort und Strich**

**72**

## Zurück auf Los?

Das Aus für den INF-Vertrag destabilisiert die europäische Sicherheit

Hans-Jürgen Misselwitz

Die Frist ist am 2. Februar abgelaufen. Der INF-Vertrag über die Beseitigung von Mittelstrecken in Europa von 1987 ist tot. Präsident Trump hatte im Dezember 2018 Russland 60 Tage gegeben, seine angeblich gegen den INF-Vertrag verstoßenden Marschflugkörper zu zerstören. Auf der anderen Seite hat es die Trump-Administration ihrerseits nicht für nötig gehalten, zu den von Russland vorgehaltenen Vertragsverletzungen Stellung zu nehmen. Die NATO erachtete es auch nicht für nötig, aufzuklären, ob ihre Raketenabwehr in Rumänien und Polen mit offensiven, vom INF-Vertrag verbotenen Flugkörpern, ausgerüstet werden kann. Deren mehrheitlich europäische Mitgliedstaaten blieben es ihren Bevölkerungen schuldig, jeden Zweifel an der eigenen, westlichen Mitverantwortung für ein neues nukleares Wettrüsten auszuräumen, denn dieses führt zur Gefährdung der Sicherheit in Europa. Ohne INF-Vertrag wird es eine Wiedereinführung von nuklearen Mittelstreckensystemen in Europa geben, deren bloße Existenz wegen der kurzen Vorwarnzeiten wie im Kalten Krieg in Krisen gefährliche Situationen heraufbeschwören werden. Damit wird nicht nur die strategische Stabilität in Europa geschädigt, es kann auch von einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung keine Rede mehr sein. Wo bleiben also die Appelle von führenden europäischen Staatshäuptern wie Kanzlerin Merkel oder Präsident Macron zur Beibehaltung von Rüstungskontrolle und europäischen Initiativen für Abrüstung?

Als 1983 der Bundestag vor der Entscheidung über die Stationierung nuklearer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik stand, wandte sich die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) dagegen. Wie zuvor in der „Erklärung der Göttinger Achtzehn“ von 1957, in der sich führende deutsche Atomforscher gegen eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr äußerten, sahen die Wissenschaftler 1983 erneut die Bundesrepublik vor „grundsätzlichen entspannungs- und sicherheitspolitischen Entscheidungen“. Sie forderten, der Westen solle „seine Bereitschaft zu einer Wiederaufnahme des Entspannungsprozesses unmissverständlich deutlich machen und durch weitreichende Rüstungskontrollangebote, in denen auch die Sicherheitsinteressen der anderen Seite in fairer Weise berücksichtigt

werden, unterstreichen.“ Es gelte, eine Rüstungsdynamik aufzuhalten, die aus dem „Streben nach numerischer Symmetrie oder Überlegenheit [...] die Gefahr einer – auch technologisch bedingten – Destabilisierung der wechselseitigen Abschreckung“ hervorbringe. Sicherheitspolitisch angezeigt sei, alles zu tun, was der Erhaltung der Stabilität diene, also auf eine „Nachrüstung“ zu verzichten, die nicht mehr Sicherheit, sondern Unsicherheit bringe. Zusammenfassend hieß es 1983 in der Erklärung: „Die Sicherung des Friedens ist auch im Nuklearzeitalter primär ein politisches Problem. [...] Die wechselseitigen Wahrnehmungen spielen dabei eine weitaus wichtigere Rolle als die aufgetürmten Waffenpotenziale.“ Damals wie heute sind nicht zuerst die jeweiligen Waffenpotenziale die Ursache des Konfliktes, sondern politische Entfremdung und ideologisch geschürte Gegensätze und Misstrauen, gestützt durch grundsätzlich voneinander abweichende Erklärungen über die Absichten und Motive der anderen Seite. Dass damals das Zeitalter der Ost-West-Konfrontation beendet werden konnte, war ein Ergebnis der Annäherung der „wechselseitigen Wahrnehmungen“, der INF-Vertrag war ein bedeutender Ausdruck dieses Prozesses.

Die Notwendigkeit, die „wechselseitigen Wahrnehmungen“ zu überprüfen, ergibt sich aus der inneren Logik der gegensätzlichen Erzählungen. Es geht um die seit 1990 erklärte europäische Friedensordnung, deren Regeln Russland aus westlicher Sicht brach, deren Grundlage, die gemeinsame Sicherheit, der Westen aus russischer Sicht verließ. Die spätestens seit 2008 zunehmenden Differenzen stützen sich auf gegeneinander vorgebrachte rechtliche oder moralische Standards, die in der Realität oft mit den eigenen Doppelstandards kollidieren, wenn es um Völkerrecht geht. Dies erinnert an die Praktiken im Ost-West-Konflikt vor Paris 1990 und noch mehr vor Helsinki 1975. Da beide Seiten auf den „Geist der Kooperation“ verweisen, der 1990 die „Charta von Paris“ kennzeichnete und nun gebrochen sei, ist es an der Zeit, statt „nachzurüsten“ in einen Dialog über die „wechselseitigen Wahrnehmungen“ zu treten, mit dem Ziel an Paris II zu arbeiten. 🌐

#### Dr. Hans-Jürgen Misselwitz

geb. 1950, Biologe, Theologe. 1981 bis 1989 in der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. 1990 Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Leiter der DDR-Delegation bei den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen; seit 2015 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

[hans.misselwitz@alt-pankow.de](mailto:hans.misselwitz@alt-pankow.de)

